

(Abgeordneter Schmidt [Freiberg].)

(A) nisation zu treiben. Mit dieser Art von Kolonisation sind wir vollständig einverstanden und hoffen nur, daß auch die Herren Nationalliberalen in Zukunft die Vorbedingungen für derartige Kolonisation zu schaffen bemüht sein werden.

Nun gibt es eine zweite Art der Kolonisation, das ist die Verteilung des Großgrundbesitzes in Bauern- und Arbeiterstellen. Auch hier ist der Freiherr v. Wangenheim der Pfadweiser gewesen. Es freut mich, wenn Sie auch hier unsere Weggenossen sein wollen. Die erste Aufgabe jeder volkswirtschaftlichen Kolonisation ist die zweckmäßige Verteilung von Grund und Boden nach zwei Richtungen hin: einmal um Grund und Boden so gut als möglich auszunutzen, das zweite Mal, um eine möglichst große Anzahl von Deutschen im Inlande sesshaft zu machen. Aus diesen beiden Faktoren ergibt sich die Grenze für jede Kolonisation von selbst. Es wäre ja an und für sich ein ganz idealer Gedanke, jedem Deutschen ein Stück Land zu überweisen, auf dem er existieren kann; aber eine so große Zersplitterung des Landes in Zwergbesitz ist in vieler Hinsicht unrationell, namentlich weil dann die Produktion an Getreide in unserem Vaterlande weit zurückgehen wird, so daß wir schwerlich in gesunden Verhältnissen weiterexistieren können. Es würde dadurch unsere Abhängigkeit vom Auslande noch erheblich vergrößert werden, und deshalb müssen wir immer eine gewisse Grenze finden, über die hinaus die Besitzteilung nicht vorgenommen werden kann. Aber unsere innere Kolonisation darf nicht bloß in der Absicht bestehen, Neues zu schaffen und Altes zu zerschlagen, sondern auch das Alte, solange es lebensfähig ist, zu erhalten und zu konsolidieren. Die Frage ist keineswegs entschieden, in welcher Form wir am besten Grund und Boden aufteilen können. Wir sind am meisten für die Bauernansiedlungen, aber die Arbeiteransiedlung wird sich notwendig machen, sie wird eine große Rolle spielen müssen, um der Arbeiternot auf dem Lande zu steuern. Ein Allheilmittel ist das nicht, das wissen wir alle. Wenn sich der Herr Staatsminister des Innern heute für die Arbeiteransiedlungen mit mehr Wärme aussprach als am 11. Dezember, so hat er damals doch große Bedenken dagegen geäußert und gesagt: Ja, die Landwirte möchten eine derartige Kolonisation schon deshalb nicht, weil sie befürchten, daß die Inhaber der Arbeiterstellen sich dann von der Industrie abwendeten und Beschäftigung in der Industrie suchten. Meine Herren! Diese Befürchtung ist nicht

von der Hand zu weisen. Aber wenn der Herr Minister (C) damals allerdings uns nachsagte, wir seien im großen und ganzen Gegner der inneren Kolonisation, so entspricht das nicht den Tatsachen. Wir sind Freunde der inneren Kolonisation. Bei einer Art der inneren Kolonisation freilich, meine Herren, die etwa bloß aus dem Gesichtspunkte betrieben wird, die großen Güter zu zerschlagen, die verhassten Großgrundbesitzer hinwegzuschaffen, da könnten wir nicht beistimmen.

Aber nun kommt die schwierige Frage: Wie sollen wir in Sachsen innere Kolonisation treiben? Diese Schwierigkeit ist vom Regierungstische aus besonders betont worden. Meine Herren! Das Ideal der Volkswirtschaft ist eine gesunde Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz, und dieses Ideal ist z. B. in Sachsen, wie Se. Exzellenz der Herr Minister heute hervorhob, bereits erreicht. 75 Prozent unserer Betriebe sind kleinere und mittlere Betriebe, und wenn wir die Grenze etwas weiter nach oben ziehen, so kann man sogar von 81 Prozent sprechen.

Nun sind Maßregeln gefordert worden, um die Zurückdrängung der Kolonisation möglichst zu vermeiden. Meine Herren! Es ist da sehr viel von Bauernlegen gesprochen worden. Gewiß, das Verlorengeden jeder Bauernstelle ist als ein volkswirtschaftlicher Verlust zu beklagen. Wir haben ein großes Interesse daran, daß wir möglichst viel selbständige Existenzen haben, wir haben ein großes Interesse daran, weil nur dadurch die Dauer eines Staates gewährleistet wird; nur der Staat wird lange selbständig bleiben können, in dem es möglichst viele kleine selbständige Existenzen gibt, weil der Mann, der eine selbständige Stellung hat, auch ein ganz anderes Interesse am Bestehen des Staates hat als der Abhängige, und deswegen ist das Verlorengeden jedes selbständigen Betriebes, jeder selbständigen Bauerstelle tief zu beklagen. (D)

Meine Herren! Wir verurteilen — das brauche ich gar nicht hervorzuheben — besonders das Bauernlegen mit nicht einwandfreien Mitteln. Es ist davon schon von meinem Fraktionsfreunde Schreiber voriges Jahr gesprochen worden, ich kann mich deshalb hier kurz fassen. Aber man soll nicht in allen Fällen, wo ein kleiner Besitz mit einem anderen verbunden wird, wo ein kleiner Besitz in einen größeren aufgeht, von Bauernlegen sprechen. Es gibt Fälle, wo es dem betreffenden Stellenbesitzer geradezu eine Erlösung ist,

(Sehr richtig! rechts.)